

# Neues aus dem Neckartal und aus der Region



**DIE LINKE.**

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf:  
[Die-linke-rottenburg.de](http://Die-linke-rottenburg.de)

Januar 2025

## Tanken und Heizen seit 1. Januar 2025 teurer FDP und Grüne verhindern Auszahlung des Klimageldes

Wer aktuell an die Zapfsäule fährt oder die Heizöl-Rechnung bezahlen muss, muss tief in seinem Geldbeutel graben. Der Grund: Der CO<sub>2</sub>-Preis für alle fossilen Energieträger wie Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel ist wieder gestiegen, je Tonne von 45 auf 55 Euro. Schon im vergangenen Jahr hat der Staat die Rekordsumme von 18,5 Milliarden Euro eingenommen, laut Deutscher Emissionshandelsstelle (DEHSt) 40 Prozent mehr als 2022. Denn durch die Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises von 30 auf 45 Euro wurde 2024 der Liter Benzin um 10,8 Cent teurer. Besonders die Geringverdiener und Berufspendler werden dadurch kräftig abgezockt, wie der Präsident der Diakonie Rüdiger Schuch kritisierte. Denn Wohlhabende haben einen viel größeren „ökologischen Fußabdruck“ als Familien mit kleinerem Einkommen: „Gleichzeitig müssen Familien mit geringerem Einkommen einen größeren Anteil ihres Einkommens für Energiekosten aufwenden.“ Somit werden sie von einem höheren Energiepreis überproportional betroffen – das sei ungerecht.

### Klimageld-Versprechen gebrochen

Ursprünglich hatte die Ampelkoalition in ihrem Koalitionsvertrag versprochen, diese Einnahmen durch einen „sozialen Kompensationsmechanismus“ an die Bürger zurückzuzahlen. Das wäre nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern alle würden die notwendige Abkehr von den fossilen Energien und die höheren Kosten dafür



auch besser akzeptieren. Das sollte seit 2021 auch als Entlastung für die steigenden Lebensmittelpreise geschehen. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Marcel Fratzscher forderte ein sofortiges staatliches Klimageld als Ausgleich für steigende Energiepreise. Das Umweltinstitut München berechnete, dass 2024 das Klimageld pro Kopf 250 Euro betragen hätte, für dieses Jahr 2025 würde der Betrag sogar 300 Euro betragen! In Österreich wird allen Bürgerinnen und Bürger bereits seit drei Jahren ein Klimabonus ausgezahlt, 2024 erhielten sie zwischen 145 bis 290 Euro.

>>>>>

### Und weiter:

Seite 3: Stuttgart 21

Seite 5: Bahnübergang Ziegelhütte

Seite 7: Rottenburger Haushalt



Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

### Wer profitiert von den Einnahmen

In Deutschland kosten allein die Netzanschlüsse für die völlig überdimensionierten Terminals für Fracking-Gas, die am Bodden und in der Nordsee das Wattenmeer zerstören, 640 Mio. Euro. Zudem fließen die Milliarden aus der CO2-Besteuerung in die „grüne Stahlproduktion“, Ladesäulen von E-Autos und Wärmepumpen, kurz: zu wohlhabenden Hausbesitzern und zu Industriekonzernen, wie Ex-Finanzminister Lindner zugab: „Man kann das Geld nicht zweimal ausgeben.“ Lindner kaschierte diese Umverteilung von unten nach oben damit, dass man erst die Steuer-ID jedes Bürgers mit seiner IBAN verknüpfen müsse. Die neue Rechtfertigung für die Nicht-Auszahlung lautet vom „grünen“ Bundeswirtschaftsministerium Habecks, dass man 2027 abwarten müsse, bis der CO2-Preis eu-

ropaweit vereinheitlicht werde. Die unteren und mittleren Einkommen sind also die doppelt Betrogenen: Sie erhalten seit Jahren nicht das versprochene Klimageld und zahlen außerdem für Wohlhabende und Industriekonzerne die Ausbaurkosten.

Merke: Sozial ist sowohl für FDP wie auch Grüne ein Fremdwort. Politische Profiteure dieses Klimageld-Schwindels werden in jedem Fall Rechtspopulisten und AfD sein! Sie verbreiten schon jetzt das Märchen, dass nicht die Fehlentscheidungen der Industriemanager wie bei VW und in der Stahlindustrie für die Konzernkrisen verantwortlich sind, sondern die notwendige ökologische Transformation zum Schutz unseres Klimas.

Emanuel Peter

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**    **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**    **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

## Schlachthof-Sitzung des Gemeinderats

### Skandalöse Verantwortungslosigkeit

Vier Stunden wurde vor Weihnachten über die Nicht-Zukunft des Schlachthofes, die Machbarkeitsstudie des Büros Stenzel (CGS), den Bürgerentscheid und über die Untätigkeit der Rathaus-Spitze, seiner Pflicht für die Aufrechterhaltung eines denkmalgeschützten Gebäudes nachzukommen, geredet. Vielen dachten, sie sitzen im falschen Film. Michael Hahn titelte seinen treffsicheren Kommentar „Das Verhör“ und erhielt dafür harsche Kritik, man solle seine „Fleischeslust“ doch im Discounter stillen – Tönnies freut sich! Wir drucken hier als Gastbeitrag den Leserbrief von Marlene Fischer ab, die das jahrelange Gezerre als ehemalige Gemeinderätin miterlitten hat.

„Der Kommentar von Michael Hahn zur Gemeinderatssitzung war mehr als zutreffend. Man kann das Drama um den Schlachthof kaum noch ertragen.

Ein Baudenkmal dermaßen verkommen zu lassen, ist eine Schande für die ganze Stadt Rottenburg. Und spätestens bei dieser Präsentation wäre es an der Zeit gewesen, dies zu erkennen und die Verantwortung dafür zu übernehmen. Aber weder Stadtspitze noch viele Gemeinderatsvertreter nehmen diese traurige Realität zur Kenntnis oder gelangen gar zur Einsicht. Nein, die Überbringer der schlechten Nachricht wurden in der Gemeinderatssitzung abgekanzelt. Mehr Starrsinn und Überheblichkeit nach einem eindeutigen Bürgerentscheid geht nun wirklich nicht.

Die Bürger haben der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat per Bürgerentscheid einen eindeutigen Auftrag erteilt. Diesen in solch einer Weise zu missachten, trägt zu Demokratieverlust und -verdrossenheit bei. Ob sich die alten und neuen Ak-

**Die Linke**  
KV Tübingen

Die Linke Kreisverband Tübingen und die Tübinger Linke laden ein zum:

## Neujahrsempfang

mit Ines Schwerdtner  
Parteivorsitzende der Linken

**Freitag, 24. Januar 2025**

Einlass: 18:30 Uhr  
Beginn: 19:00 Uhr

Aula Uhlandstraße  
Uhlandstraße 30, Tübingen

[www.die-linke-tuebingen.de](http://www.die-linke-tuebingen.de)

teure dessen bewusst sind, wird sich in den nächsten Wochen zeigen.“

(Leserbrief Marlene Fischer vom 28.12.2024)

# Stuttgart 21 – Inbetriebnahme Tiefbahnhof

## Das Chaos ist perfekt – Teil 3

Dass bei S21 nicht alles rund läuft, ist hinreichend bekannt. Was sich allerdings derzeit abspielt, ist kaum zu glauben. Ständig kommen neue Hürden hinzu, den Tiefbahnhof, nach derzeitigem Stand bis Ende 2026, in Betrieb zu nehmen, so dass ein Scheitern des Projekts immer wahrscheinlicher wird.



Bisher befassten wir uns mit dem geänderten Eisenbahngesetz sowie mit der geplanten Inbetriebnahme des Tiefbahnhofs und der Digitalisierung.

### **Der Bruch der Ampel-Koalition in Berlin**

Der bisher absehbare Prozess des Scheiterns von S21 wird durch das Ampel-Aus noch beschleunigt, denn die Finanzierung des Projekts ist jetzt ungewisser denn je. Davon betroffen sind insbesondere der Tiefbahnhof, das neue Rosensteinquartier, der Pfaffensteigtunnel und die Digitalisierung. Zwar gehen die Arbeiten an dem Projekt S21 auch nach dem Ampel-Aus weiter, die Frage ist nur, wie lange noch.

Das von der Stadt lang ersehnte sogenannte **Rosensteinquartier** ist in Gefahr. Denn die Ampelregierung hatte kürzlich das Eisenbahngesetz zur „Freistellung von Bahnbetriebszwecken“ geändert (siehe Teil1). Das führte dazu, dass die Stadt Stuttgart ehemalige Gleisflächen nicht mehr ohne weiteres entwiden und umnutzen kann, zum Beispiel für ein neues Wohngebiet.

Weiterhin völlig unklar ist auch der Bau des sogenannten **Pfaffensteigtunnels**. Dieser ist notwendig, damit Züge aus Singen zukünftig überhaupt in den neuen Tiefbahnhof einfahren können. Der Tunnel soll von der Strecke nördlich von Böblingen abzweigen und zum Flughafen geführt werden. Für mindestens 15 Jahre müssten Pendler dann provisorisch in Vaihingen in U- und S-Bahn umsteigen, um zum Hauptbahnhof oder in die Innenstadt zu gelangen. Der Bau dieses Tunnels ist überhaupt nicht finanziert, so dass dieser Zustand zu einem Dauerprovision werden könnte.

Bliebe noch der **Digitale Knoten Stuttgart (DKS)** als „Pilotprojekt“, dessen letzte Ausbaustufe seit Monaten auf der Kippe steht. Ein sogenannter Gremienvorbehalt im Aufsichtsrat der Bahn verhindert, dass mit diesem auch über Stuttgarts Stadtgrenzen hinaus begonnen werden kann. Es sei aber auch eine komplette Streichung des DKS aus Kostengründen in der Diskussion. Durch den Stillstand und ohne rasches Eingreifen der Bundesregierung droht der Verfall von Haushaltsmitteln in Höhe von 850 Millionen Euro. Ob nun digital oder nicht, Stuttgart 21 ist und bleibt ein Rumpfbahnhof.

Eine Mitschuld an den Verzögerungen dürfte dabei auch

**Bundesverkehrsminister Volker Wissing** tragen, der trotz des Ampel-Aus im Amt bleibt, was allgemein Unverständnis über seine Tatenlosigkeit hervorruft. Die Pendler in der Region Stuttgart erwarten nämlich nach Jahren des Wartens endlich Fortschritte und Ergebnisse. Ob Wissing – wie auch die anderen Mitglieder der Minderheitsregierung – unter den neuen Bedingungen noch etwas erreichen kann, ist unklar. Dass ausgerechnet einer der schwächsten Bundesminister mit einem Austrittsmanöver weiter an seinem Amt festhält, ist ein Armutszeugnis und zeigt, wie wenig es ihm und der verbliebenen Regierung noch um Inhalte geht.

Insgesamt aber erhält die Bahn vom Bund weit weniger Geld für ihre weiteren Baumaßnahmen als erhofft, was sich indirekt auch negativ auf die Fertigstellung von S21 auswirkt und sogar zu einem **vollständigen Scheitern des Projekts** führen kann. Dies gilt insbesondere für die Generalsanierung des Schienennetzes mit insgesamt 41 Korridoren, wovon bisher nur einer, nämlich die Riedbahn, fertig gestellt wurde und als „Paradebeispiel“ dient. Völlig unklar bleibt, wie die Bahn die Sanierung der übrigen 40 Korridore bis 2030 finanzieren soll.

Ein weiteres Problem ist das **Rekordhoch an Verspätungen**, das die Bahn viel Vertrauen gekostet hat. Das verlorene Vertrauen will sie nun zurückgewinnen, indem Probleme sehr viel früher, radikaler und disruptiver angegangen werden. Dennoch würde es noch auf Jahre hinaus Einschränkungen beim Fahrplan geben, sogar ein Ausdünnen des Fahrplans auf besonders ausgelasteten Netzabschnitten ist vorgesehen.

Darüber hinaus will die Bahn bis zu 30.000 Jobs abbauen. Um die Schuldenlast zurückzuführen will sie die Logistik-Tochter DB Schenker nach Dänemark verkaufen, was Milliarden in die Kassen spülen soll. Problem dabei: Die Tochterfirma war eigentlich immer hochprofitabel.

**Somit wird Stuttgart 21 immer mehr zur Belastung bundesweit.** Solange die Finanzierungsfragen nicht unabhängig und befriedigend beantwortet sind, dürfen keine weiteren Mittel für den Flaschenhals Stuttgart 21 freigegeben werden. Und bis zur vollständigen Klärung aller Fragen muss der Kopfbahnhof – jetzt noch als Notlösung – langfristig erhalten bleiben, saniert werden und auch von Südwesten via Gäubahn direkt erreichbar bleiben – unabhängig vom Ausgang der Klage der Deutschen Umwelthilfe gegen deren Kappung. Dasselbe gilt für die dritte Stufe der Digitalisierung ebenso wie für des „Ergänzungsprojekt“ Pfaffensteigtunnel, die beide weder einen Integralen Taktfahrplan ermöglichen noch das Kapazitätsproblem lösen. Denn das liegt am Ende immer am Flaschenhals Stuttgart 21.

Gerade die neuerlichen Auswirkungen infolge des Ampel-Aus machen eine Fertigstellung und Inbetriebnahme von Stuttgart 21 immer unwahrscheinlicher. Somit wächst gleichzeitig die Chance, dass das Alternativprojekt „Umstieg 21“ doch noch realisiert wird. Um dies zu erreichen werden wir auch weiterhin

**OBEN BLEIBEN!**

(Gastbeitrag von Jürgen Hückstädt – 06.01.2025)

# Kultusministerium scheitert auch mit der Grundschulempfehlung

## Schulen müssen von der Entwicklung der Kinder gedacht und gebaut werden

Noch im Mai 2024 hatte der Tübinger Grünen-Abgeordnete Lede Abel über die „große Weichenstellung für Bildung“ im Ländle durch die „weitreichende Bildungsreform“ gejubelt. Er meinte damit, dass die Eltern die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium erfolgreich gegen die grünen Widerstand in der Landesregierung (Kretschmann) durchgesetzt hatten. „Außerdem wird die Grundschulempfehlung verbessert und bekommt mehr Gewicht,“ so Lede-Abel.

### Kompass 4 endet im Chaos

Die ist nun gründlich gescheitert, vor allem durch einen völlig verfehlten „Kompass 4“-Test für alle ViertklässlerInnen. Besonders die CDU wollte durch eine „klare Steuerung“ den Übergang zum Gymnasium „von einem entsprechenden Leistungsvermögen abhängig“ machen. In Mathematik erreichten gerade einmal sechs Prozent aller Lernenden das erforderliche Niveau. Der Aufschrei von Lernenden, Lehrkräften mit Schulleitungen und der Lehrgewerkschaft GEW war lautstark! Denn die SchülerInnen bekamen volle elf Din-A4-Seiten mit 15 Aufgaben mit 22 Fragen zur Bearbeitung, für deren vollständige Lösung sie jeweils zwei Minuten Zeit hatten. Diesen enormen Zeitdruck waren die Zehnjährigen nicht gewohnt und reagierten mit Abbruch und Weinkrämpfen. Der Test erinnerte auch mehr an die Schwarze Pädagogik der 60er Jahre, als das gesamte Schulsystem ein Auslesesystem für Kinder aus privilegiertem Elternhaus war, bis es durch die Bildungsreformen dann grundlegend verändert wurde. Im Ländle gelang es Kultusministerin Schultz-Hector erst 1991, die verbindlichen Orientierungsarbeiten für den Übergang zu den weiterführenden Schularten mit der Begründung abzuschaffen, dass viele Schüler davor „regelrecht Angst“ hatten.

### Echte Bildungsreform

Die „Kompass 4-Prüfung“ wurde jetzt an den über 2.300 Grundschulen des Landes mit ihren rund 100.000 Lernenden ausschließlich als „Reifeprüfung“ für den Übergang zum Gymnasium eingesetzt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass damit die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium torpediert – und außerdem die Unfähigkeit der Landesregierung vergessen gemacht werden soll, eine wirkliche Bildungsreform durchzuführen. Denn alle Pädagogen wissen, dass Kinder ihre Fähigkeiten ungleichmäßig entwickeln. Mal haben sie einen Schwerpunkt in Sprache, dann im Rechnen, in Musik oder in Technik. Außerdem ist ein Zeitpunkt wie die vierte Klasse zu früh und vollkommen willkürlich für die Festlegung, welche Schulart einem Kind die besten Möglichkeiten bietet. Deshalb ist eine Gemeinschaftsschule die beste Chance, dass Kinder sich gegenseitig beim Lernen in ihren verschiedenen Stärken und Schwächen helfen und erst nach der

10. Klasse (Abschluss Sekundarstufe I) über ihren weiteren Bildungsweg entscheiden. Lernen ist ein schließlich sozialer Prozess.

### Konträre Ansichten

Der gescheiterte Kompass-4-Test zeigt zwei entgegengesetzte Auffassungen über Bildung: Soll das Bildungssystem eine durchgängige Entwicklung aus Sicht der Kinder hin zu einer selbstständigen Persönlichkeit ermöglichen, oder soll sie als Sortiersystem für die Interessen der Wirtschaft mit entsprechendem Arbeitskräftebedarf und deren Qualifikationsforderungen dienen? Die jetzige Kultusministerin Theresa Schopper hatte mit ihrem Modell einer nachhaltigen Sprachförderung ab der Kita eigentlich einen vielversprechenden Versuch gestartet. Dieser wird jetzt offensichtlich wieder gestoppt und rückabgewickelt, weil er nicht zur Leistungs-Ideologie der CDU/FDP passt und außerdem zu viel kosten wird.

Schopper hatte für ihre Reform die Sprachkompetenz als Basis für die schulische Bildung erklärt. Sie wollte erstmals in Kitas als Bildungseinrichtung (siehe Orientierungsplan) eine systematische Sprachförderung in „alltagsintegrierter Sprachbildung und Sprachförderung“ einführen. Schon Vierjährige sollten auf sprachliche Defizite getestet werden und bei Bedarf „eine verbindliche ergänzende Sprachförderung im Jahr vor der Einschulung“ erhalten. In der Grundschule sollten „Juniorklassen“ mit ergänzender Sprachförderung ab der ersten Klasse gebildet werden, an der laut Schoppers Schätzung rund 30 Prozent der Erstklässler teilnehmen würden. Dieser richtige Ansatz kostet natürlich durch entsprechend gut ausgebildete Erziehungskräfte und durch Ganztageseinrichtungen mit Mittagessen mehr Geld, als die Sparsamkeits-Ideologen um den grünen Finanzminister Bayaz zugestehen wollen.

### Bildungsreform jetzt

Aufgrund des breiten Protests gegen den aktuellen Kompass-4-Test musste das Kultusministerium ihn als ungeeignete Empfehlung für das Gymnasium zurückziehen. Doch das reicht nicht. Wir brauchen eine grundsätzliche Diskussion über eine Bildungsreform ab der Kita, die den Bildungsweg aus Sicht und von den Fähigkeiten und der Entwicklung der Persönlichkeit der Kinder gestaltet. Dem entspricht eine Gemeinschaftsschule für alle Lernenden in der Klassenstufe bis Klasse 10 (Sekundarstufe 1) am besten. Sie darf kein Kind zurücklassen, bietet alle Schulabschlüsse an und verhindert eine Auslese aus sozialen, religiösen oder ethnischen Gründen. Dafür müssen die Lernenden von Teams aus Lehrkräften, SozialarbeiterInnen und PsychologInnen unterstützt und die Ausbildung der Lehrkräfte reformiert werden.

E.P.

# Der Bahnübergang an der Ziegelhütte bleibt offen

## Vier Wochen erfolgreicher Widerstand der Rottenburger Bevölkerung

Am 21. November wurde in der Presse veröffentlicht, was lange (wie so oft!) im stillen Kämmerlein der Stadtverwaltung ausgebrütet wurde: „Das Hupen hört auf!“ Diesmal war es nicht ein teils unnötiger Millionenumbau des Naherholungsgebiet Schänzle, die Erweiterung eines Gewerbegebiets oder gar die Schließung des regionalen Schlachthofes in Rottenburg, nein, diesmal ging es „einfach“ nur um das Abschneiden eines kompletten Wohngebietes von der Kernstadt Rottenburg.

### Behindertenbeirat übergangen

Aber nochmal von vorne. Es ist der 08. Oktober 2024, in einer Sitzung des Behindertenbeirates unter der Leitung von Herrn Oberbürgermeister Neher wird zu Tagesordnungspunkt 3 die erfreuliche Nachricht verkündet, dass im neuen DHL-Gelände die Stiftung Liebenau in Kooperation mit der Stiftung Funke ihr Wohnprojekt mit zunächst 12 Personen starten kann. Weitere Bewohnerinnen und Bewohner verschiedener Beeinträchtigung kommen später hinzu.

Darüber waren alle Beteiligten dieser Sitzung sehr erfreut, bis Herr Neher in einem Nebensatz zum Thema „Barrierefreiheit“ erwähnte, dass der Fußgänger-Bahnübergang an der Ziegelhütte

geschlossen werden soll. Mit dem Ziel, das Hupen zu beenden. Alle (schockierten!) Nachfragen zu dieser geplanten Schließung prallten an der Rottenburger

Obrigkeit ab: Das Thema sei durch, da es im Verwaltungsausschuss schon beschlossen worden sei. Für Herrn Neher stand es nicht zur Debatte, den Bewohnerinnen und Bewohnern eine akzeptable Lösung anzubieten, Wege seien vorhanden und machbar. Das Hupen sei nicht weiter akzeptabel und somit seine Entscheidung klar. Auf die Probleme dieser folgenden Umwege hatte Herr Neher keine Lösung und so wurde die Sitzung von ihm auch beendet.

### Verwaltung mauert

In der Gemeinderatssitzung am 22.10.2024 wurde Herr Neher nochmals in einer Bürgerfragerunde zur Entscheidung bezüglich der Schließung des Bahnüberganges befragt und er bestätigte seine Meinung dazu. Dass viele Mitglieder des Gemeinderates diese Entscheidung gar nicht selbst getroffen hatten und somit gar nicht dahinterstanden, war Herrn Neher mal wieder egal. Aber immerhin zeigte er sich kooperativ, das Thema nochmals zur nächsten Verwaltungsausschuss Sitzung (15.22.2024) auf die Tagesordnung zu nehmen und nach möglichen Alternativen zu suchen. Es wurde ausdrücklich nochmals darauf hingewiesen, dass es nicht um einen teuren Umbau für die Bevölkerung geht, sondern dass der Bahnübergang für Fußgänger erhalten bleiben soll, solange es keine geeignete oder bezahlbare Alternative gibt.

21. November 2024: „Das Hupen hört auf!“ zitiert das Schwäbische Tagblatt. Es ist derselbe Tag, an dem die nächste Behindertenbeiratssitzung stattfindet. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass der Verwaltungsausschuss am 15. November beschließt, den Übergang ohne Abstimmung zu schlie-

ßen! Dazu wird in dem Bericht noch erwähnt, dass dieses Thema dem Behindertenbeirat an diesem Tag noch „vorgestellt“ werden soll. Wofür, wenn hinter verschlossenen Türen schon alles entschieden ist und der Behindertenbeirat es nur zu Kenntnis nehmen kann bzw. muss? Diese Sitzung wurde nicht mehr von Herrn Neher geleitet und somit durfte die Baubürgermeisterin die „frohe Botschaft“ verkünden. Doch auch sie zeigte klare Kante zu dieser Entscheidung und erklärte, dass die Sache nicht von ihr selbst entschieden sei, aber definitiv schon fest beschlossen.

### Protest formiert sich

Was daraufhin folgte, wurde mal wieder von der Stadtverwaltung unterschätzt. Die Bürger von Rottenburg lassen sich nicht einfach so abschreiben - oder besser gesagt abschneiden! Leserbriefe erschienen in regelmäßigen Abständen, auf Social Media wurde das Thema hart angegangen und auch am Bahnübergang selbst gab es Plakate, Unterschriften-Aktionen bis hin zum Besuch des Fernsehens (Google: Landesschau, Bahnübergang Rottenburg).

Was die Bewohnerinnen und Bewohner von Rottenburg in diesen vier Wochen geleistet haben, verdient einen großen Applaus und einen herzlichen Dank. Menschen haben sich solidarisiert, um für ihre Bedürfnisse einzustehen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich auch unabhängig von der Nutzung des Übergangs für dessen Erhaltung ausgesprochen. Das Hupen ist für alle Menschen gleich unangenehm, solange man sich noch nicht daran gewöhnt hat. Dennoch haben alle Menschen hier (außer der Stadtverwaltung!) verstanden, dass es schlicht unfair und nicht akzeptabel ist, auf Kosten des Hupens hunderte von Menschen abzuschneiden, vor allem für Personen mit Beeinträchtigung, mit Kindern, mit Rollatoren etc. ist es eine nicht zumutbare Verschlechterung der Wohnbedingungen.

### „Erstmals“ - Zugeständnis

18. Dezember 2024 „Der Bahnübergang bleibt offen“, in einem kleinen Bericht wird von der Gemeinderatssitzung (Montag 16.12.2024) berichtet. Herr Neher machte eine kurze, aber für viele Bürgerinnen und Bürger wichtige Aussage, der Fußgängerweg-Übergang vom Wohngebiet Dätzweg zum Quartier Ziegelhütte unterhalb der Bahnlinie (und weiter in die Innenstadt) „soll erstmal so bleiben“. Die Stadtverwaltung möchte wohl nochmal in Ruhe abwägen, wie Lösungen dazu aussehen könnten. Das ist einerseits eine gute Nachricht, da vorerst der Fußweg erhalten bleibt und die Stadtverwaltung sich indirekt eingesteht, viel zu voreilig und übergriffig gehandelt zu haben. Andererseits bedeutet das für alle betroffenen Personen, es könnte jederzeit doch eine Schließung folgen. Was Herr Neher und die Stadtverwaltung unter „erstmals“ verstehen, wird sich zeigen, was sie als aus ihrer Sicht gute Lösung (für alle) präsentieren werden, darf mit großer Spannung erwartet werden.

Deshalb gilt, solange es keine klare Aussage mit akzeptablen Lösungen von Herrn Neher und der Stadtverwaltung gibt, müssen die Bürgerinnen und Bürger mal wieder auf alles gefasst sein. Es wäre nicht das erste Mal, wenn sich die Stadtverwaltung ins stille Kämmerlein zurückzieht und über den Kopf der Bürgerinnen und Bürger entscheidet, ohne dabei die Sicht Aller zu betrachten. Der Weg ist der richtige, hoffen wir, dass nicht noch einmal in Bezug auf den Fußgängerbahnübergang falsch abgelenkt wird.



# Hausgemachte Krise bei VW

## Management und Politik verantwortlich für Werksschließungen, Stellenabbau und Lohnsenkungen

Seit Wochen wird uns erzählt, dass entweder die chinesischen Staatssubventionen für Autos oder die Maßnahmen gegen die Klimazerstörung für die schwerste Krise des VW-Konzerns seit seinem Bestehen verantwortlich sind. Beides ist falsch, wie Monitor (ARD-Politikmagazin, 5.12.2024) nachwies. Noch 2018 wollte der Konzern Marktführer für E-Autos in Europa werden und schuf mit dem E-UP ein erfolgreiches Einstiegsmodell. Es war so billig, sparsam und attraktiv war, dass die Produktion kaum hinterherkam. In Nordrhein-Westfalen wurde es von der Caritas erfolgreich in der ambulanten Pflege eingesetzt, sie wollte weitere 20- bis 30.000 Autos davon kaufen. Doch dann stellte der Konzernvorstand fest, dass die Gewinnmarge mit diesem Kleinwagen zu klein ausfiel und stellte die Produktion dieses Erfolgsmodells im Herbst 2023 ein – angeblich wegen EU-Bedenken zur Cyber-Sicherheit. Stattdessen setzte der VW-Vorstand auf die PS-starken Supermodelle mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß und hohen Gewinnmargen.

### Milliarden-Dividende an Milliardäre

Damit konkurrierte VW mit Mercedes und BMW. Diese drei Konzerne konnten so 2019-2023 fast 52 Milliarden Euro Dividende an Aktionäre ausschütten – der Profit heiligt im Kapitalismus alle Mittel. 2024 forderte der VW-Konzernvorstand Werksschließungen, Personalabbau und 10 Prozent Lohnkürzungen von den Beschäftigten, obwohl noch 18 Milliarden Euro an die Aktionäre als Gewinn ausgeschüttet wurden. Schließlich muss die konzerninterne Umverteilung von unten nach oben weiterhin funktionieren – die 4.000 Manager müssen „leistungsgerecht“ bezahlt werden.

Wenn die Gewerkschaft nicht einwilligt, gehe wie Welt unter. So ist das in jeder Krise, die von den Managern genutzt wird, um Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Löhne zu kürzen. Gerechtfertigt wird das mit der Drohung, der Wohlstand wäre in Gefahr, wenn das (klimaschädliche) Wachstum nicht weiter ansteige. Linnemann (CDU) ist Spezialist für diese realitätsfernen Behauptungen.

Gedeckt wurde die VW-Fehlentwicklung (wie schon beim Abgasskandal) durch die Politik in Berlin (von Gerhard Schröder bis Volker Wissing) und in Brüssel: Es gab und gibt Steuersubventionen für große Dienstwagen, schärfere Abgas-Grenzwerte werden immer weitere hinausgezögert und PS-Riesen werden aus der Statistik laut Monitor einfach herausgerechnet. Auch jetzt verlangt der Automobilverband erneut eine Verschiebung der Grenzwerte um weitere zwei Jahre und droht sonst mit dem Verlust von Millionen Arbeitsplätzen. Begleitet wird dies durch Nebelwerfer von Lindner (FDP) bis Merz (CDU) mit dem Scheinargument der „Energieoffenheit“, um potentielle Käufer von E-Autos zu verunsichern und für Verbrenner-Autos zu gewinnen.

All dies geht auf Kosten der notwendigen ökologischen Transformation der Wirtschaft, den schädlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken und neue Produktionsweisen zu entwickeln. Und auf Kosten der Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verlieren und eine nachhaltige Zukunft für ihre Kinder brauchen. Nicht der Klimaschutz kostet Arbeitsplätze, sondern die kapitalistische Produktionsweise mit ihrem hemmungslosen Profitstreben betreibt einen systematischen Raubbau an Mensch und Natur.

Emanuel Peter

*Kurz und bündig!*

### Tempolimit spart noch mehr CO<sub>2</sub> als gedacht: Die Zeit der Ausreden ist vorbei

„Ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h innerorts würde noch mehr CO<sub>2</sub> einsparen als bisher angenommen. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes. Sie beziffert die Wirksamkeit eines Tempolimits für den Klimaschutz mit bis zu 11,7 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Damit kann der Verkehrssektor seine Klimalücke aus dem gesamten Jahr 2023 beinahe schließen! Auch die Zahl der Verletzten und Getöteten im Straßenverkehr sowie die gefährliche Luftverschmutzung durch Feinstaub und Stickoxide sinken mit einem generellen Tempolimit drastisch. Ohne die Dauerblockade der FDP haben SPD und Grüne jetzt eine historische Chance: Der Einführung des Tempolimits steht niemand mehr im Weg. Die noch amtierende Bundesregierung kann nun unter Beweis stellen, dass sie es ernst meint mit dem Klimaschutz – und gleichzeitig ein Wahlversprechen aus dem Bundestagswahlkampf 2021 einlösen. Dafür braucht es jetzt den politischen Willen und eine Verordnung des inzwischen parteilosen Verkehrsministers Volker Wissing.“

(Information der Deutschen Umwelthilfe, 10.1.25)

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

# Sparorgie auf Kosten der Kinder und der jungen Generation

## Mit Basta-Politik setzt OB Neher Rottenburgs Haushalt für 2025 durch

Seit Monaten trommeln die Finanzminister des Bundes und der Länder für ihre „Sparhaushalte“. In Rottenburg wurden 61 von den 195 Millionen Euro für den Bildungsbereich ausgegeben. Jahrelang hatten die Bürgermeister und ihre Anhänger die notwendigen Sanierungen und Ausbau-Maßnahmen für Kitas und Schulen blockiert. Jetzt half nichts mehr. Aber die Preise für Materialien und Handwerker stiegen, die Kosten werden selbstverschuldet durch falsches Sparen höher. Erstmals seit Jahren müssen Schulden aufgenommen werden auf Kosten unserer Kinder und der jungen Generation.

### Steuererhöhungen auf allen Ebenen

Der Trick der Haushälter mit ihren jährlich wiederkehrenden Sparappellen: Sie nutzen die Steuerschätzungen (jährlich im Mai und Oktober) und verschweigen oft die tatsächlichen Steuereinnahmen. So sind in den letzten vier Monaten die realen Steuereinnahmen kontinuierlich gewachsen! Laut Statistischem Bundesamt im November für Bund, Länder und Gemeinden um satte neun Prozent, davon allein beim Bund um 11 Prozent, in den Ländern um neun Prozent und den Kommunen auch um 11 Prozent (Anteil an Gemeinschaftssteuern). Der Jenaer Professor Klaus Dörre spricht deshalb zu einem guten Teil von einer „inszenierten Krise“.

### Basta-Politik von Neher

Angesichts der November-Steuerschätzung (!) forderte der OB mit seinem Gefolge, keine „zusätzlichen“ Haushaltsanträge zu stellen. Das nennt sich Transparenz und Demokratie beim obersten Recht des Gemeinderats, über den Haushalt zu beraten! Wer nicht brav war, bekam wie ein unartiges Kind die Schimpfe und Wutanfälle zu spüren. So die Hailfinger Ortsvorsteherin Kircher, die die „Unverschämtheit“ besaß, für eine Anlaufbahn zur Weitsprunggrube 9.200 Euro zu fordern. Sonst müssen die Grundschüler per Bus nach Ergenzingen fahren, Unterrichtszeit geht verloren. Sie hatte zwei Kostenvorschläge eingeholt. Tiefbauamtsleiter Klein wollte ihr beistehen und wurde genauso abgewatscht. Kircher verließ wütend den Sitzungssaal. Letztlich beschlossen alle mit Ausnahme der FAIR den Haushalt 2025.

### Ungelöste Aufgaben

Eine Schulmensa auf dem Hohenberg-Gelände befindet sich zwar im Planungswettbewerb, bis 2028 sei aber für die Umsetzung kein Geld da. Ab 2026 soll aber der Ganztagesbetrieb für Kitas und Grundschulen gestartet



werden: Wie stellt sich die Verwaltung die Verpflegung der Kinder mit Getränken und Essen vor? Ohne Verpflegung und zusätzliches Personal droht dem Ganztagskonzept ein Scheitern. Kurzfristig ist es, in der Yalova-Straße zwei Kita-Gruppen und vier Personalstellen einzusparen.

Durch die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums wächst der Raumbedarf (allein für das Paul-Klee-Gymmi bis 2031/32 zehn bis elf Klassenräume). Wo bleibt die Gesamtplanung für den Raumbedarf an allen städtischen Gymnasien?

Der städtische Zuschuss an die Wohnbaugesellschaft (WBR) von 7,5 Mio. Euro (Eigenkapitalerhöhung) wird in der mittelfristigen Finanzplanung noch einmal erhöht. Wofür wird das Geld von der WBR gebraucht? Für die Jeckel-Restaurierung? Sie kostet die WBR bis 2029 fast 28 Mio. Euro und wird vollständig von ihr getragen. Warum zahlt das Bischöfliche Ordinariat (BO) nichts, obwohl dort das neue Herbergsgebäude für Pilger (und eine kathol. Buchhandlung) untergebracht werden? Was zahlt das BO an Pacht?

Warum wird eine Steuer auf unbebaute Grundstücke, die seit Jahren brach liegen, nicht eingeführt, wie es das Gesetz ermöglicht? Dadurch bräuchten weniger Kredite aufgenommen werden.

Vom Schlachthof wollen wir erst gar nicht reden. Was kümmert mich die Pflicht zum Denkmalschutz beim Verhöckern oder der Bürgerentscheid? Was interessiert mich eine Nahversorgung der Bevölkerung mit lokalen Nahrungsmitteln und die Beweidung der Streuobstwiesen als Kulturlandschaft?

Wenn diese Aufgaben wie in den vergangenen Jahren wieder verschoben werden, belastet dies schon heute die Kinder und später erst recht die junge Generation. Aber schließlich müssen die Milliardäre und Millionäre gefüttert werden. Alles andere wäre Neiddebatte, wie CDU-Generalsekretär Linnemann erklärte.

E.P.

# Wer zahlt in Deutschland die meisten Steuern?

## Die Neiddebatte ist ein billiges Ablenkungsmanöver

FDP, CDU/CSU, Verbände der großen Konzerne und die Springer-Presse verbreiten das Märchen, dass die „Top-Verdiener“ die meisten Steuern zahlen. Das ist grottenfalsch. Denn der größte Teil der Steuereinnahmen machen die Mehrwertsteuer, die Steuern auf Energie, KFZ, Versicherungen, Tabak und Alkohol aus, sprich: rund 300 Milliarden Euro von 936 Mrd, also fast ein Drittel. Die Steuern auf Unternehmensgewinne, auf Erbschaften und Kapitalerträge sind zusammen nur 19 Prozent.

### Wem nutzt die Steuerlüge?

Zunächst einmal freuen sich die mehr als 4.600 Milliardäre und Millionäre in Baden-Württemberg über ihre Renditen. Dazu zählt die Würth-Familie mit über 37 Mrd. Dollar, die Gründer des Logistik-Unternehmens Kühne und Nagel (über 37 Mrd.) und der Lidl-Gründer Dieter Schwarz mit über 30 Mrd. Dollar. In Deutschland besitzen die Reichen ein reines Geldvermögen von 9.300 Milliarden Euro, sprich 9,3 Billionen Euro. Insgesamt haben die Milliardäre ihr Vermögen seit 2015 um mehr als 50 Prozent verdoppelt. Trotz Gejammer über die schwache Konjunktur verdienten die DAX-Chefs auch 2024 im Durchschnitt 5,7 Mio. Euro. Mit Leistung hat das nichts zu tun, sondern mit Niedriglöhnen, Ausbeutung der Beschäftigten und Kürzung der Sozialausgaben.

Diese großen Vermögen sind der Garant für politische Einflussnahme und Macht, sowohl im eigenen Land wie auch international. Man sehe sich nur das Unternehmensimperium der BMW-Erbin Susanne Klatten an, die jetzt Milliarden an ihre drei Kinder verschenkt. Bei Erbschaften von Familienunternehmen über 26 Mio. Euro kann die Steuer zum großen Teil erlassen werden, wenn das Privatkonto für die Steuerschuld nicht ausreicht. So mussten 2023 von 2,1 Milliarden Euro Steuern nur knapp 6,8 Mio. gezahlt werden – obwohl das laut Bundesverfassungsgericht verfassungswidrig ist. Man kann mit Milliarden auch Wählerstimmen kaufen und Korruption finanzieren. Oder die Propaganda-Medien rechtsextremer Parteien bezahlen.

### Das BMW-Imperium wächst

Wie das BMW-Imperium durch Erbschaftsschenkung wächst, hat kürzlich Die Zeit untersucht (18.7.2024). Aktuell umfasst das BMW-Imperium die BMZ-Holding (Batterietechnik), Altana (Spezialchemie), SGL Carbon (Kohlenstoff-Produkte), Nordex (Windkraft), Avista-Oil (Ölrecycling), Landa (Digital

Printing (Druck), Wattron (Verpackungstechnik) und MultiMaterial-Welding (Verbindungstechnik).

Im alleinigen Besitz der Multimilliardärin Susanne Klatten bleibt BMW (21,7%), nachdem sie für ihre drei Kinder drei neue Firmen gegründet hatte: Skion Primus (Felix), Skion Secundus (Alexander und Skion Tertia (Johanna)). SK steht für Susanne Klatten. Die drei neuen Firmen sind aus der Skion-Holding hervorgegangen, die 2022 mit einem Konzern-Umsatz von vier Mrd. Euro einen Reingewinn von 239 Mio. Euro erwirtschaftete. Die Holding hat ein Eigenkapital von 4,5 Milliarden Euro, so dass jedes der drei Kinder jetzt mindestens 1,5 Mrd. Euro besitzt. Da wird einem deutlich, warum CDU und FDP sich weigern, „Familienbetriebe“ stärker zu besteuern!

**Die Linke**  
KV Tübingen

**Mietwucher stoppen.  
Mieten deckeln!**

Caren Lay, die Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik der Linken im Bundestag, spricht in Tübingen über den Mietwahn, Immobilienspekulation und dringend benötigte Auswege aus der Wohnraumkrise.

Am Dienstag, den **21. Januar 2025**, um **19 Uhr**  
im **Gemeindehaus Lamm**, Am Markt 7, Tübingen.

In jedem Fall verhindert die Aneignung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums die notwendigen Investitionen in unser Land wie Brücken- und Straßenbau, Kitas, Schulen, Umweltschutz, eine funktionierende Verwaltung und ein leistungsgerecht bezahltes Personal dafür. Deshalb brauchen wir endlich die Vermögenssteuer, wirksame Steuern auf die obszön großen Vermögen und auf Erbschaften. Einen maroden Staat können wir uns schon im Interesse unserer Kinder und Enkel nicht leisten!

E.P.



# Widerstand gegen Flüssiggas-Ausbau wächst

## Das Grab für Grüne Glaubwürdigkeit durch den LNG-Turbo Habecks

Auf der kroatischen Insel Krk soll ein riesiger Terminal für Flüssiggas (LNG) errichtet werden. Klimaschützer verhinderten stundenlang mit Kajaks das Anlegen von LNG-Tankern. Die Polizei versuchte, die Kajaks samt Insassen zu versenken. Seit der Inbetriebnahme des Terminals mit Unterstützung der EU 2021 protestiert die Bevölkerung gegen die angeblich „klimafreundlichste fossile Brückentechnologie“, die laut Umweltpolizist Robert Howarth schädlicher als Kohle ist. Außerdem verfügt Kroatien über das größte Solarenergiepotential in der EU! In der Tat geht es auch nicht um die Versorgungssicherheit des Landes, nachdem Russland die Gasversorgung 2009 unterbrochen hat. Kroatien exportiert fleißig nach Italien, Österreich, Ungarn und Rumänien.

### Gefahren durch LNG

Als LNG bezeichnet man „liquified natural gas“, d.h. verflüssigtes Erdgas, das durch ein umstrittenes Bohrverfahren (Fracking) gewonnen wird. Umweltschädigend ist nicht nur der Chemie-Cocktail, der mit hohem Druck kilometertief in die Erde gepresst wird, um das Gas freizusetzen. Sondern auch der enorme Wasserverbrauch: Pro Gasquelle werden acht bis 19 Millionen Liter benötigt, bei 50.000 Quellen in den USA sind das jährlich rund 530 Milliarden Liter (Handelsblatt). Nach den Bohrungen wird es mit hohem Energieaufwand auf minus 162 Grad heruntergekühlt. Beim Transport entweicht viel Erdgas, das aus Methan besteht. Bei einer Dauer von 20 Jahren ist Methan 80mal klimaschädlicher als CO<sub>2</sub>. Der Anstieg der weltweiten Methanemissionen in der Atmosphäre wird von Forschern auf den Fracking Boom in den USA zurückgeführt. Für Menschen in den USA, die in der Umgebung von Bohrungen oder Verladestationen leben müssen, wurden erhöhte Krebsraten, Atemwegserkrankungen und Fehlgeburten nachgewiesen. In Pennsylvania wird das nach Methan stickende Leitungswasser durch gekauftes Trinkwasser in Flaschen ersetzt, in vielen Gegenden ist das Brunnenwasser seit 2009 vergiftet. Deshalb hat sich der Staat New York für ein Verbot von Fracking entschlossen.

### Deutschland forciert Ausbau

Auf Rügen soll eine Pipeline von Lubmin nach Mukran verlegt, der Fährhafens Mukran zur Anlandung von Flüssiggastankern ausgebaut und die Errichtung einer industriellen Störfallanlage zur Regasifizierung des Flüssiggases im Hafenbereich errichtet werden. Ferner wehren sich die Einwohner gegen die Vertiefung der Zufahrtsrinne zum Hafen Mukran auf ca. 16 m und die Herstellung einer Sohlbreite von bis zu 120 m, auf einer Länge von mehr als 2 km. Tatsache ist jedoch, dass die bereits drei aktiven LNG-Terminals überhaupt nicht ausgelastet sind und der „grüne“ Wirtschaftsminister Habeck systematisch Überkapazitäten auf Kosten der Menschen und des Naturschutzes produziert. Es soll auch für die Produktion von Kunststoffen und Düngemitteln eingesetzt werden.

Bis 2030 sollen neun Terminals mit einer Kapazität von 64 Milliarden Kubikmeter Erdgas errichtet werden und die Gas-Pipelines sollen für den Import von 133 Mrd. Kubikmeter ausgelegt werden, obwohl der Wirtschaftsministerium den Verbrauch nur auf 74 Mrd. Kubikmeter einschätzt und der deutsche Gasbedarf um 12 Prozent gesunken ist (2022). Jeder der Terminalstandorte schädigt gleich mehrere Naturschutzgebiete, zum Beispiel durch die Einleitung von Chlor

in unmittelbarer Nähe des Nationalparks Wattenmeer. Zudem werden die Terminalanlagen trotz knapper Haushalte mit Steuergeldern in Höhe von mehreren Milliarden Euro subventioniert,“ so der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe Müller-Kraenner. Dabei handelte es sich bei den 7,1 Milliarden Kubikmetern LNG, die Deutschland 2023 aus den USA importiert hat, zu fast 90 Prozent um Fracking-Gas.

Jetzt erpresst Trump die EU, mehr schmutziges LNG-Gas aus den USA importieren, sonst würde er eine Zoll-Erhöhung von 20 Prozent anordnen. So könnte Habeck seine nicht ausgelasteten Terminals nutzen. Denn die beiden schwimmenden Terminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven des staatlichen Betreibers Deutsche Energy Trading GmbH warten aktuell verzweifelt auf eine EU-Genehmigung aus Brüssel. Sie sind nur zu rund 65 Prozent ausgelastet, während der privat betriebene LNG-Terminal in Lubmin sogar nur zu etwa 10 Prozent ausgelastet ist.

### US-Fracking-Boom

Der überdimensionierte Import von US-Frackinggas hat dort zu einem richtigen Ausbau-Boom geführt. Denn Deutschland zahlt für das US-Gas wesentlich mehr als die inländischen US-Abnehmer. Im Juni 2023 unterzeichnete das deutsche Staatsunternehmen Securing Energy for Europe (SEFE) mit dem US-Konzern Venture Global einen 20-Jahre-Vertrag über die Lieferung von Millionen Tonnen LNG. Der US-Konzern, dem die US-Umweltbehörde 139 Verstöße gegen die Luftreinhaltung nachwies, will seine Gasexporte bis 2035 verdoppeln. Bis 2016 wurde Fracking-Gas nur für den US-Inlandsbedarf produziert. Und jetzt? „Die 130 bis 213 Millionen Tonnen an neuen Treibhausgasemissionen in den USA, die durch eine Verdreifachung der Exporte zwischen 2020 und 2030 verursacht würden, entsprechen der Zahl von bis zu 45 Millionen zusätzlichen Autos, die jährlich mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, und machen den jährlichen Rückgang der Treibhausgasemissionen“ zunichte (Deutsche Welle, März 2022). Sie würden alle Emissionsreduzierungen in den USA seit dem Jahr 2000 zunichte machen.

### Sofortiges LNG-Importverbot

Jetzt hat der grüne Energieminister Christian Meyer für Niedersachsen angekündigt, dass im LNG-Terminal in Wilhelmshaven von Januar bis Ende März 2025 die Kapazitäten heruntergefahren werden, weil genügend Gas vorhanden ist. Er sei außerdem gegen den Bau zusätzlicher Kapazitäten für den LNG-Import, „so dass man kein teures Gas brauche“. Welch späte, aber weise Einsicht! Es wird höchste Zeit, dass die Bundesregierung ein vollständiges Importverbot für Fracking-Gas erlässt und den Ausbau weiterer überflüssiger Terminals stoppt, die die Natur am Bodden und im Wattenmeer zerstören. Dann würden auch die Zusatzkosten für die Netzanschlüsse in Höhe von rund 640 Mio. Euro entfallen, die auf die VerbraucherInnen abgeladen werden sollen. Die Grünen müssen lernen: Den CO<sub>2</sub>-Teufel kann man nicht mit dem Flüssiggas-Belzebub austreiben!

Öffentliche Podiumsdiskussion "Energie und Umwelt" mit dem Kandidaten der Linken Ralf Jaster  
Datum: Freitag, 07. Februar 2025 - Uhrzeit: 18:00 bis 20:00

# Die lang geplante „offene Feldschlacht“ der FDP

## Lindner will unsere soziale Demokratie durch eine „disruptive Republik“ ersetzen

„Meine Name ist Hase, ich weiß von nichts“, so Christian Lindner, nachdem er mit seinem Marschbefehl an die Mitglieder VOR dem Rauschschmiss durch Bundeskanzler Scholz inflagranti erwischt worden ist. Bereits seit September wurde nach Recherchen von Süddeutscher Zeitung und der „Zeit“ an dem Papier „D-Day Ablaufszenarien und Maßnahmen“ akribisch gearbeitet und in höchsten Führungszirkeln der Partei besprochen. Nach Bekanntwerden dieses Papiers musste der „Hand-Langer“ Lindners als Bauernopfer den Hut nehmen. Lindner versuchte vergeblich, seine „Richtungsentscheidung jetzt“ als rein technisches Arbeitspapier zu verharmlosen und Spuren zu verwischen. Doch es heißt im Papier: „Der Richtungsstreit in der Bundesregierung ist selbst zum größten Standortrisiko für unser Land geworden. (...) Deshalb muss diese Bundesregierung jetzt enden.“

Das Papier offenbart die genauen FDP-Ziele wie „geringere Steuern, weniger Bürokratie, bezahlbare Sozialbeiträge“. Die FDP wirft SPD und Grünen eine „staatliche Planwirtschaft“ vor, die das „Land in Geiselschaft nimmt“. Die Zeit-Pyramide der FDP für den „strategisch gesteuerten“ Ablauf legte den 4.11. bis 10.11.24 als besten Zeitraum für ihren Austritt aus der Regierung fest. Das Ziel: Die öffentliche „Hoheit über die Kommunikation“ für die offene Feldschlacht zu erreichen: „Neben den Worten sind die Bilder der Verkündung entscheidend!“ Ex-FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai: „Wir haben niemals ein Geheimnis daraus gemacht, dass ohne eine Wirtschaftswende ein Ende der Ampel ein möglicher Ausgang des von uns sogenannten Herbstes der Entscheidungen sein könnte.“

### Sozialstaat und Klima-Gesetze

Zusammen mit der CDU/CSU torpedierte die FDP seit Monaten das neue Bürgergeld (das Hartz-IV-Gesetz unter neuem Namen), die Integrationspolitik für Geflüchtete, Erhöhung des Mindestlohns, Gelder für die Sanierung der maroden Infrastruktur (Brücken, Bahnausbau), für armutsichere Renten und für sozialen Wohnungsbau. Das war ein gewolltes Staatsversagen, um eine antidemokratische Stimmung für einen „starken Mann“ zu provozieren! Wohlfahrts- und Sozialverbände laufen Sturm gegen den desolaten Zustand unseres Sozialstaats.

Das zweite Kernstück ist ein Angriff auf alle Gesetze zum Klimaschutz – trotz der Katastrophen mit Hunder-

ten Toten im Ahrtal (40 Milliarden Schaden), den Verwüstungen im gesamten Mittelmeer-Raum, in Großbritannien, in Afrika und Asien. Erstmals seit Beginn der Temperaturmessungen wurde 2024 das globale Ziel von höchstens 1,5 Grad Temperatur-Erhöhung überschritten. Die Kosten für den Klimaschutz, die mit jeder weiteren Verschleppung von Schutzmaßnahmen anwachsen, wollen diese Parteien auf die junge Generation abladen. So können sie die Milliardäre in unserem Land weiterhin schützen und deren politische Macht aufrechterhalten. Schließlich werden sie von ihnen ja gesponsert!

### Globales Netzwerk der Klimaleugner

Erst vor kurzem hat das Recherche-Netzwerk Correctiv veröffentlicht (6.12.2024), dass FDP-Politiker mit ihren marktradikalen und klimafährlichen Ideen aktiv in Denkfabriken mit Organisationen in den USA und Ungarn an Maßnahmen für einen ungebremsten Markt, gegen ein Verbrenner-Verkaufsverbot („Energieoffenheit“), gegen ein Tempolimit (Freie Fahrt für Porsche-Fahrer) und gegen den Ausstieg aus Gas und Kohle zusammenarbeiten.

Frank Schäffler (FDP) ist Gründer des Prometheus-Instituts, das in Berlin Treffen für junge Menschen bis 35 Jahren unter dem Motto „Gipfeltreffen der Freiheit“ organisiert. Von der US-Klimaleugner-Organisation Templeton-Stiftung erhielt er 250.000 US-Dollar als Unterstützung und viermal Gelder von der der Atlas-Stiftung, einem Dachverband von mehr als 600 neoliberalen Denkfabriken in aller Welt. Sie erhält Geld von Exxon-Mobile, vom Donors-Trust und den Koch-Brothers. Atlas verfügt über 30 Mio. US-Dollar im Jahr (2023). Schäffler sitzt auch im Beirat der „Familienunternehmer“, der vor allem Großkonzerne vertritt und Klimaschutz als „Planwirtschaft“ diffamiert, um für den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken zu werben. Schäffler vergleicht Umweltaktivisten mit der Rote-Armee-Fraktion, was der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt begeistert übernimmt.

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Zum deutschen Netzwerk gehört auch Lars Feld, Chefberater von Christian Lindner, Sprecher des Kronberger Kreises und Beirat in der Stiftung Marktwirtschaft. Er unterstützt die Aussage von Hans-Werner Sinn, Deutschland sei ein „Geisterfahrer in der Klimapolitik“. Zudem ist Feld im Vorstand von Nous, dem ‚Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie‘, das zu Atlas gehört. Feld unterzeichnete den ‚Hamburger Appell‘, der Gelder für Geringverdiener kürzen will und sich für eine größere ‚Lohnspreizung‘

führt und vorhandene Märkte, Produkte und Dienstleistungen komplett verdrängen kann. Jill Lepore, Professorin für Geschichte an der Harvard University, bewertet Christensens Disruptionstheorie als „gegründet auf Panik, Angst und wackeliger Beweiskraft“.

Diese verkürzte Erklärung macht verständlich, warum Lindner Mileis politische „Reformen“ der Volkswirtschaft mit Massenentlassungen und Armut für die Hälfte der Bevölkerung euphorisch feiert: „Er verkleinert den dysfunktionalen Staat und setzt auf Freiheit. Die Anzahl der Ministerien wurde halbiert. Öffentliche Ausgaben werden konsequent gekürzt. Staatliche Unternehmensbeteiligungen sollen umfassend zurückgefahren werden. Die Zahl der Behörden und Beamten soll signifikant gesenkt werden. Für viele Teile



einsetzt.

Auch Justus Haucup ist Mitglied von Nous, er hat den Hamburger Appell unterschrieben und ist Mitautor einer Studie der Initiative Soziale Marktwirtschaft (INSM), die sich gegen eine Verbrennerverbot von Autos, gegen ein Tempolimit und das Heizungsgesetz einsetzt und angebliche Horrorkosten über die Energiewende verbreitet. Die INSM (Vorstand Thorsten Alsleben, CDU) wird finanziert von den Arbeitgeberverbänden der Metall-, Elektro- und Automobilindustrie.

Die Berliner Denkfabrik „The Republic“ wird von Armin Petschner-Multari geführt und propagiert nicht nur eine transatlantische Partnerschaft mit der Heritage-Stiftung. Sondern auch mit Victor Orbans „Propaganda-Schulen“ – so das Auswärtige Amt! - Danube Institute und dem MCC-Institut, das das Buch „Neue Zeit, neue Verantwortung“ von Friedrich Merz ins Ungarische übersetzen und vertreiben lässt. Angesichts dieser Achse von Klimaleugnern von Washington – Budapest - Berlin versteht man besser Christian Lindners Lobhudelei für Javier Milei, Argentiniens Staatspräsidenten seit Dezember 2023, und für den Multimilliardär und Gewerkschaftshasser Elon Musk.

### Lindners „Disruption“

Wer glaubt, Lindner hätte sich mit seinem Appell zur „Offenen Feldschlacht“ nur in der Wortwahl vertan, irrt sich gewaltig. In einem Gastbeitrag für das Handelsblatt, auch verbreitet auf der FDP-Homepage (9.12.2024), fordert er einen „disruptiven Politikwechsel“ in Deutschland, weil es nicht ausreicht, in unserem Land an „ein paar Stellschrauben ein wenig zu drehen“.

Unter Disruption versteht Harvard-Professor Clayton M. Christensen eine „bahnbrechende Innovation“, die zur Verdrängung von etablierten Marktteilnehmern

der Wirtschaft werden Regulierungen radikal abgebaut und der Wettbewerb gestärkt.“ Diese Ziele finden sich jetzt fast wortgleich in der „Agenda 2023“ der CDU!

Übel ist Lindners Lob für den Gewerkschaftsfeind Musk, der mit seinem Tesla-Werk in Brandenburg das Grundwasser der Bevölkerung gefährdet, in Schottland Nigel Farages rechtsextreme Partei und in Deutschland die AfD unterstützen will: „Elon Musk ist einer der erfolgreichsten Unternehmer unserer Zeit und soll eine wichtige Rolle in der kommenden US-Administration erhalten. Mit seinen Unternehmen hat er mit disruptiven Ideen Märkte erschlossen und revolutioniert. In der nächsten US-Regierung soll er ein „Department of Government Efficiency“ leiten, um massiv Regulierungen und Bürokratie abzubauen, die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst drastisch zu reduzieren und Behörden zu restrukturieren, insbesondere solche mit doppelten oder überflüssigen Zuständigkeiten. Zudem sollen unnötige Ausgaben im dreistelligen Milliarden-US-Dollar-Bereich gekürzt werden.“ (Lindner)

Jeder, der noch glaubt, Lindner habe vom D-Day-Papier nichts gewusst oder es sei ein „Ausrutscher“, wird durch seinen Gastbeitrag, der eine umfassende Rechtfertigung für seinen Bruch mit der Ampel-Koalition enthält und für eine neoliberale Politik-Strategie wirbt – zugunsten der Milliardäre.

Die FDP bastelt an einer „disruptiven Republik“ für Milliardäre. Gegen den sozialen Kahlschlag und die Klimazerstörung tritt einzig DIE LINKE mit einem klaren Programm bei den Bundestagswahlen im Februar an!

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

# Hohe Mietpreise treiben Menschen in die „Wohnarmut“

## Neue Ergebnisse des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Dies ist das Ergebnis einer neuen Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (Dez. 2024). Sie hat die konventionelle Methode der Armutsberechnung in Deutschland maßgeblich korrigiert: Aus dem zur Verfügung stehenden Einkommen wurde die Miete herausgerechnet, um festzustellen, wie viel Geld zum alltäglichen Leben danach frei verfügbar ist. Die Armutsgrenze für einen Einpersonenhaushalt betrug 1.314 Euro, darin bereits enthalten Bürgergeld oder Wohngeld. Die neue Armutsgrenze zeigt eine erschreckende Entwicklung: Galten im letzten Jahr laut Statistischem Bundesamt rund 12 Mio. Menschen als arm (14,3 Prozent), so sind es nach der korrigierten Berechnung 17,5 Mio. Menschen (21,2 Prozent)! Der Paritätische hat genau untersucht, welche Personengruppen durch die Mieten besonders stark belastet werden und spricht bei ihnen von „Wohnarmut“: Bei Alleinstehenden über 65 Jahren beträgt die 41,7 Prozent, bei Alleinerziehenden (zu 90 Prozent Mütter mit Kindern!) 36 Prozent. Insgesamt ist die „Wohnarmut“ umso höher, je niedriger das Einkommen der Person ist, also bei RentnerInnen, Alleinerziehenden, Jungen Erwachsenen, Alleinlebenden und Erwerbslosen. „Wohnen entwickelt sich mehr und mehr zum Armutstreiber“, erklärt Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Wenn immer mehr Menschen in den Niedriglohn getrieben werden, beschleunigen steigende Mieten ihre Armut und die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft.

### Versagen beim sozialen Wohnungsbau

Als in Rottenburg im Februar 2017 die städtische Wohnbaugesellschaft (WBR) gegründet wurde, verkündete OB Neher vollmundig, dass die Schaffung von Wohnraum eine Pflichtaufgabe der sozialen Daseinsvorsorge ist. Seine neue Erkenntnis war das Ergebnis jahrelanger Kritik der Rottenburger Linken, dass die CDU nur Eigenheimbesitzer mit 5.000 Euro pro Kind unterstützte. Aber die Einwohnerzahl wuchs stark und zugleich die Zahl der Personen mit Wohnberechtigungsschein, d.h. derjenigen mit Anspruch auf eine bezahlbare Sozialwohnung. Hinzu kam, dass für immer mehr Sozialwohnungen die Miet-

preisbindung auslief und niemand für Ersatz sorgte. Erst durch öffentlichen Druck konnte das alte DHL-Gelände in ein neues Wohnquartier anstatt eines Gewerbeparks umgewidmet werden. Die neue WBR sagte zu, bis 2027 insgesamt 300 neue Wohnungen zu errichten. Im Ländle gab es 2014 noch über 63.000 Sozialwohnungen, 2017 waren es 9.000 weniger. Die FDP hatte den sozialen Wohnungsbau in der alten Landesregierung regelrecht gegen die Wand gefahren. 2011 wurden landesweit nur noch 78 Sozialwohnungen gebaut, die Mietpreise stiegen drastisch, so dass die Zahl der Wohnungslosen 2013 auf 11.300 Personen stieg. Schon damals hetzte FDP-Fraktionschef Rülke im Landtag gegen eine Mietpreisbremse, das sei „sozialistische Planwirtschaft“. Die grün-schwarze Landesregierung weigerte sich dann, auf die Forderung des Mieterbundes einzugehen, ebenso viel Geld für den Wohnungsbau bereitzustellen, wie sie vom Bund dafür bekam.

### Armutsbekämpfung durch Mietsenkung

Der Paritätische Gesamtverband fordert angesichts der prekären Lage eine Begrenzung der Wohnkosten, den Bau vieler, bezahlbarer Wohnungen, und dauerhafte sozial gebundene Wohnungen. „Eine zielgerichtete Politik zur Vermeidung von Armut in Deutschland braucht gute Löhne, bessere soziale Absicherung und eine Wohnungspolitik, die Mieten bezahlbar hält“, fasst Joachim Rock vom Paritätischen Gesamtverbandes die Expertise zusammen.

DIE LINKE hat in Baden-Württemberg einen Volksantrag nach Artikel 58 Abs. 2 der Landesverfassung initiiert, damit sich der Landtag endlich umfassend mit diesem wichtigen Thema beschäftigt und eine landeseigene Wohnbaugesellschaft für Wohnungsneubau gründet und die Wohnungslosigkeit wirksam und dauerhaft beseitigt.

### **Termine und Veranstaltungshinweise:**

Di. 21.01. ab 19 Uhr -> Caren Lay zum Mietwucher

Fr. 24.01. 18:30 Uhr -> Neujahresempfang mit Ines Schwerdtner

Fr. 07.02. 18:00 Uhr -> Öffentliche Podiumsdiskussion "Energie und Umwelt" mit Ralf Jaster in Oberndorf

### **Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an**

Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel: 07472-42096, E-Mail: emanuelpeter@gmx.de



Jannik Renz

Erzbergerstraße 19, 72108 Rottenburg

V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (PE), 72108 Rottenburg

